

5. Fazit: Fernsehen als Leitmedium

Massenmedien sind, wie die Daten für Österreich und auch die internationalen Beispiele zeigen, als politische Informationsquelle in Wahlkampfzeiten nicht wichtiger oder glaubwürdiger als in Phasen ohne intensive Parteikampagnen. Unterschiede hinsichtlich soziodemographischer Daten gibt es in deutlichem Ausmaß nur bei der Nutzung des Internets, das sich als politische Informationsquelle der Jüngeren zeigt und als (neues) Medium an Bedeutung (noch) stetig gewinnt. Das Fernsehen ist demgegenüber das Medium einer älteren Generation, wobei es insgesamt das wichtigste Massenmedium für politische Informationen und Politikvermittlung darstellt. Zeitungen rangieren mit großem Abstand auf dem zweiten Platz. Die Politikberichterstattung im Radio hat einen radikalen Bedeutungsverlust erfahren.

Interessant ist zu beobachten, dass das Fernsehen (und in geringem Ausmaß auch das Radio) im Gegensatz zu den Zeitungen zuletzt an Glaubwürdigkeit verloren hat. Ob das mit einer kritischeren Grundhaltung des Publikums im Sinne von größerer Medienkompetenz zu tun hat oder vielmehr der Art der Vermittlung misstraut wird, muss an dieser Stelle dahingestellt bleiben (wenngleich Letzteres vermutet werden darf). Trotzdem bleibt das Fernsehen die mit Abstand wichtigste Informationsquelle für Politik. Auch international gesehen dominiert es in den westlichen Demokratien unabhängig von der Größe und Struktur des jeweiligen Medienmarktes. Jeder politische Akteur – egal von welcher Seite und mit welchem Ziel – muss das Interesse haben, in der Fernsehberichterstattung unterzukommen, und sich entsprechend auf die Spielregeln des Mediums einlassen. Das Fernsehen bestimmt damit nicht nur das politische Informationsverhalten auf Publikumsseite, sondern auch wesentlich die öffentliche Darstellung und Vermittlung von Politik durch die Akteure.

Wahlsieg mit Ansage – und doch mit Überraschungen. Die italienischen Parlamentswahlen vom 13./14. April 2008

Stefan Köppl

1. Eine kurze Wahlperiode

Den Parlamentswahlen von 2008 ging mit der 15. Legislaturperiode eine der kürzesten der italienischen Geschichte voraus, in der die 62. Nachkriegsregierung unter der Führung *Romano Prodis* die Geschicke des Landes lenkte, bis sie schließlich an internen Querelen zerbrach. Dabei trug die Regierungskoalition schon zum Zeitpunkt der Amtsübernahme den Keim des Scheiterns in sich. Im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen hatte *Prodi* das bunte und fragmentierte Wahlbündnis *Unione* geschmiedet, um die Mitte-Rechts-Regierung *Silvio Berlusconi* abzulösen. So erreichte das Mitte-Links-Lager den Wahlsieg des Jahres 2006, der allerdings äußerst knapp ausfiel: Nur den mehrheitsbildenden Mechanismen des Wahlrechts

(siehe unten Abschnitt 4) verdankte die Regierung *Prodi* ihre komfortable Mehrheit in der Abgeordnetenkammer und den knappen Vorsprung von zwei Mandaten im Senat.¹

Allerdings war dieser Sieg mit der Konstruktion eines intern äußerst heterogenen Bündnisses erkauft worden, durch das sich mehrere tiefe inhaltliche Gräben zogen und das vor allem vom „Anti-Berlusconismus“ zusammengehalten wurde. So befanden sich darin etwa neben zwei kommunistischen Parteien (Partito Rifondazione Comunista, PRC, und Partito dei Comunisti Italiani, PdCI) auch die aus der früheren Kommunistischen Partei Italiens hervorgegangenen eher sozialdemokratisch orientierten Linksdemokraten (Democratici di Sinistra, DS) und die christdemokratisch-liberale Margherita, die im Oktober 2007 zur Demokratischen Partei (Partito Democratico, PD) fusionierten. Hinzu kamen noch zahlreiche Kleinparteien, darunter das Italien der Werte (Italia dei Valori, IdV), die Union der Demokraten für Europa (Udeur), die Grünen (Verdi) sowie die Sozialdemokraten Italiens (SDI) und die bürgerrechtsorientierte Radikale Partei (Partito Radicale). Im Laufe der Legislaturperiode wurde diese Lage sogar noch unübersichtlicher, da sich im Zuge der Entstehung des Partito Democratico zwei Gruppierungen von den beiden Fusionspartnern abspalteten: Nach links hin entstand die Demokratische Linke (Sinistra Democratica, SD), zur Mitte hin die Liberaldemokraten (Liberal Democratici, LD). Aufgrund der hauchdünnen Mehrheit im Senat, der jedem Gesetz zustimmen muss, kam jeder noch so kleinen Splittergruppe, teilweise sogar jedem einzelnen Senator der Regierungsparteien Veto-Macht zu.

Die zahlreichen in der Koalition angelegten Streitpunkte brachen schon bald auf und sollten die Regierung im Laufe der Wahlperiode immer stärker ins Schlingern bringen.² Schwere innerkoalitionäre Konflikte entzündeten sich zum Beispiel an der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, in der sich die Parteien der „radikalen Linken“ (eine Chiffre für die beiden kommunistischen Parteien und die Grünen, zu denen später die Demokratische Linke hinzutrat) dem Liberalisierungskurs des Regierungschefs und seines Wirtschafts- und Finanzministers *Tommaso Padoa-Schioppa* widersetzten. Gesellschaftspolitisch prallten bei der Frage der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften strikte Laizisten und katholisch orientierte Kräfte aufeinander. Außenpolitisch spaltete vor allem das Thema italienischer Militäreinsätze und Bündnisverpflichtungen die Koalition, etwa im Dauerstreit um den Ausbau eines NATO-Stützpunktes bei Vicenza, in dem Exponenten der linken Koalitionskräfte aggressive Protestaktionen unterstützten und teilweise selbst daran teilnahmen.

Über den Auslandseinsatz der italienischen Streitkräfte in Afghanistan kam es im Februar 2007 sogar zu einer handfesten Regierungskrise, die fast schon zu diesem Zeitpunkt zum Sturz *Prodis* geführt hätte. Bei einer Abstimmung im Senat zu den Grundlinien der italienischen Außenpolitik inklusive des Afghanistan-Einsatzes, die informell als Vertrauensvotum firmierte, erlitt die Regierung eine Niederlage: Zwei Senatoren der extremen Linken waren der Sitzung ferngeblieben, mehrere Senatoren auf Lebenszeit hatten sich enthalten. *Prodi* bot daraufhin dem Staatspräsidenten seinen Rücktritt an, der aber in ausführlichen Konsultationen der Bündnispartner noch abgewendet wurde: Die abtrünnigen Senatoren

- 1 *Stefan Köppel*, Machtwechsel um Haaresbreite – die Parlamentswahlen in Italien vom 9./10. April 2006, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 4, S. 746 – 763, und *Roberto D’Alimonte / Alessandro Chiaramonte* (Hrsg.), Proporzionale ma non solo. Le elezioni politiche del 2006, Bologna 2007.
- 2 Vgl. *Stefan Köppel*, *Prodis* Sturz, in: Politische Studien, 59. Jg. (2008), H. 419, S. 75 – 83.

bekundeten öffentlich ihre grundsätzliche Solidarität mit der Regierung, und dem Kabinett *Prodi* wurde das Vertrauen ausgesprochen – diesmal mit den Stimmen der Abtrünnigen und der dem Mitte-Links-Lager zugerechneten Senatoren auf Lebenszeit.

Aufgrund der inneren Zerstrittenheit der Koalition rechneten nicht wenige Beobachter schon früh mit ihrem vorzeitigen Ende. Auch setzte die Regierung bereits nach wenigen Monaten zu einem Tiefflug in den Umfragen an. Besonders bedeutsam war hier die enttäuschte Abwendung von Unione-Anhängern: Den einen machte *Prodi* der radikalen Linken zu viele Zugeständnisse, den anderen fehlte nach den fünf *Berlusconi*-Jahren die moralische und soziale Wende. Im Hinblick auf die Zerreißproben mit der radikalen Linken und das Beinahe-Ende vom Februar 2007 kam der letztlich Anlass für den Regierungssturz überraschenderweise von der zentristischen Udeur: Im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen Parteifreunde und seine Ehefrau kündigte Udeur-Chef *Clemente Mastella* im Januar 2008 die Koalition auf, was für *Prodi* den Verlust von drei essentiellen Senatoren bedeutete. Allerdings hatte die Regierungsmehrheit im Senat zu diesem Zeitpunkt bereits nur noch theoretisch bestanden, da sich schon während der Haushaltsabstimmungen im Dezember zuvor *Lamberto Dini* mit seinen Liberaldemokraten (ebenfalls drei Senatoren) von *Prodi* distanziert hatte. Der Regierungschef ging in die Offensive, stellte von sich aus die Vertrauensfrage – und verlor erwartungsgemäß die Abstimmung im Senat mit 156 zu 161 Stimmen. Dabei verweigerten ihm insgesamt sieben Senatoren des Mitte-Links-Lagers unterschiedlicher parteipolitischer Provenienz die Gefolgschaft, was zeigt, dass *Prodis* Sturz keineswegs allein von der Udeur verursacht war. Die Regierungsmehrheit war bereits von mehreren Seiten erodiert; nur der letzte Tropfen brachte das Fass zum Überlaufen.

Nach der verlorenen Vertrauensabstimmung reichte *Prodi* bei Staatspräsident *Giorgio Napolitano* seine Demission ein. Die anschließenden Bemühungen des Senatspräsidenten *Franco Marini*, die Möglichkeiten für eine Übergangsregierung auszuloten, scheiterten bald. So blieb dem Staatspräsidenten keine andere Wahl, als am 6. Februar die Parlamentskammern aufzulösen und damit Neuwahlen anzusetzen.

Damit war auch das Ende einer der kürzesten Wahlperioden in der italienischen Nachkriegsgeschichte besiegelt. Das Kabinett *Prodi* II rangiert mit 617 Tagen Amtsdauer zwar unter den langlebigeren (nur sechs amtierten länger), doch würde diese Feststellung allein über die Krisenhaftigkeit dieser knapp zwei Jahre hinwegtäuschen. Wie sehr die Regierung tagtäglich um ihr Überleben zu kämpfen hatte, belegen nicht nur die permanenten öffentlichen Spekulationen über ihr Ende, sondern auch der häufige Einsatz der Vertrauensfrage in Verknüpfung mit Gesetzentwürfen: Insgesamt 28 Mal wurde dieses Instrument eingesetzt, mit einer Quote von 1,5 Vertrauensfragen pro Monat selbst für italienische Verhältnisse ein Rekord, der öffentliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Praxis aufkommen ließ. Ein ähnliches Bild ergibt ein Blick auf die Gesetzgebungstätigkeit: Nur jeder vierte Gesetzentwurf der Regierung (24,8 Prozent) überstand den Weg durch das Parlament und nur zwei Drittel (66,7 Prozent) der Regierungsdekrete.³

3 Die entsprechenden Werte der ersten 20 Monate der Regierung *Berlusconi* II (2001 bis 2003): 47,0 beziehungsweise 83,7 Prozent, vgl. *Maurizio Cotta / Luca Verzichelli* (Hrsg.), *L'esperienza del governo Prodi II. Primi rilevamenti, Rapporto sul Governo Italiano*, CIRCaP, Siena 2008.

2. Bündnisbildung

Seit der Wahlrechtsreform von 1993 ist die Bildung von Bündnissen durch die einzelnen Parteien vor den Wahlen ein bestimmender Faktor für den Wahlausgang.⁴ So hatte 1996 und 2001 das Ausscheiden kleinerer Parteien aus ihren Bündnissen jeweils zu einem Regierungswechsel geführt. Daran hat sich auch nach der erneuten Reform des Wahlrechts von 2005 nichts geändert. Die aktuell geltenden Regelungen lassen die Bildung von Wahlbündnissen nicht nur ausdrücklich zu, sondern verleihen diesen auch eine besondere Bedeutung, denn dem Bündnis mit den meisten Stimmen fällt eine Mehrheitsprämie (*premio di maggioranza*) zu, die in der Abgeordnetenkammer automatisch zu einer bequemen Mehrheit von mindestens 340 der 630 Sitze führt. Bei der Wahl zum Senat jedoch wird die Prämie auf regionaler Ebene vergeben, so dass es für die konkurrierenden Bündnisse darauf ankommt, möglichst viele und besonders die bevölkerungsreichen Regionen für sich zu entscheiden.⁵

2006 hatte sich dies so ausgewirkt, dass die beiden großen Bündnisse Casa della libertà (Mitte-Rechts) und Unione (Mitte-Links) möglichst viele, auch sehr kleine Parteien integrierten, da auch noch so kleine Stimmenkontingente im Rennen um die Mehrheitsprämie entscheidend sein konnten. Das führte zu zwei sehr großen und sehr bunten Bündnissen mit einer Vielzahl von Partnern, was der letztlich siegreichen Unione *Romano Prodis* im Regierungsgeschäft einige Schwierigkeiten bereitete.

Ganz anders verlief die Bündnisbildung im Vorfeld der Parlamentswahlen 2008: Im Prinzip wäre es auch hier für die Parteien wieder verlockend gewesen, möglichst breite Bündnisse im Hinblick auf den Gewinn der Mehrheitsprämie zu schmieden. Doch hatte die Erfahrung der zwei Jahre mit der bunten und zerstrittenen Koalition *Prodis* eine solche Strategie nachhaltig diskreditiert. Vielparteienbündnisse und Vielparteienkoalitionen galten Ende 2007 endgültig als Wurzel der Probleme.⁶ Die Fusion von Linksdemokraten und Margherita zum Partito Democratico im Oktober 2007 war bereits Ausdruck dieser Diagnose gewesen wie auch ähnliche Bestrebungen im Mitte-Rechts-Lager.⁷

Folgerichtig machte PD-Chef *Walter Veltroni* den ersten strategischen Schritt, der die gesamte weitere Bündnisbildung aller Lager prägen sollte (vgl. Tabelle 1): Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der von Umfragewerten suggerierten aussichtslosen Lage wies er die Schuld am Scheitern der Regierung *Prodi* den Kleinparteien, vor allem der radikalen

4 Vgl. für die Konsequenzen der Wahlrechtsreform von 1993 *Stefano Bartolini / Alessandro Chiaramonte / Roberto D'Alimonte*, The Italian Party System between Parties and Coalitions, in: *West European Politics*, 27. Jg. (2004), H. 1, S. 1 – 19, und *Luciano Bardi*, Electoral Change and its Impact on the Party System in Italy, in: *West European Politics*, 30. Jg. (2007), H. 4, S. 711 – 732.

5 Vgl. zu den Details des Wahlrechts von 2005 und von 1993: *Stefan Köppl*, Das politische System Italiens. Eine Einführung, Wiesbaden 2007, S. 103 – 109.

6 In einer Umfrage sahen 73,7 Prozent das Verhalten der kleinen Parteien als Problem und 88,0 Prozent befürworteten Maßnahmen zur Bekämpfung der parteipolitischen Fragmentierung (*Il Giornale* vom 8. Dezember 2007). Alle in diesem Beitrag zitierten Umfragedaten sind, soweit nicht anders angegeben, abrufbar unter <http://www.sondaggipoliticoelettorali.it> (Stand: 3. Juli 2008).

7 Vgl. *Ilvo Diamanti*, The Italian Centre-Right and Centre-Left: Between Parties and 'the Party', in: *West European Politics*, 30. Jg. (2007), H. 4, S. 733 – 762.

Linken, zu und verzichtete auf die stimmenmaximierende Strategie der großen Bündnisse. Am 16. Februar 2008 erklärte er, der PD werde als Zeichen für eine gründliche Erneuerung der italienischen Politik allein antreten. Zwar wurde diese Ankündigung nicht ganz in die Tat umgesetzt, denn der PD schmiedete ein Bündnis mit der IdV *Antonio Di Pietros* und präsentierte Kandidaten des Partito Radicale auf vorderen Plätzen der eigenen Listen. Allerdings blieb es bei diesen kleinen Partnern, denen als Bedingung eine programmatische Übereinkunft abverlangt wurde.

Der Verzicht *Veltronis* auf ein breites Wahlbündnis war auch ein Befreiungsschlag für *Silvio Berlusconi*. Nachdem er mit *Gianfranco Fini* das gemeinsame Antreten von Forza Italia und Alleanza Nazionale unter der Einheitsliste Volk der Freiheit (Popolo della Libertà, PdL) vereinbart hatte, konnte er es sich nun angesichts der günstigen Umfragewerte leisten, auf ein Bündnis mit den radikalen Rechten (La Destra) ebenso zu verzichten wie auf eine Übereinkunft mit den Christdemokraten von der UDC (Unione dei Democristiani e di Centro); diese waren 2006 noch Bestandteile seines Wahlbündnisses gewesen. Somit kamen als Partner mit eigenen Listen nur noch die Lega Nord *Umberto Bossis* und die kleine süditalienische Autonomiebewegung (Movimento per l'Autonomia) *Raffaele Lombardos* hinzu, die jedoch innerhalb des Bündnisses nicht direkt um Stimmen konkurrierten: Die beiden Parteien teilten Italien gewissermaßen unter sich auf, so dass sich die Lega Nord nur in den nördlichen Regionen zur Wahl stellte und die Autonomiebewegung in den südlichen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch auf den Listen des Volks der Freiheit noch Kandidaten von weiteren Kleinparteien Unterschlupf fanden, so zum Beispiel der Liberaldemokraten, der Popolari Liberali, des Nuovo PSI und der Democrazia Cristiana per le Autonomie (DCA).

Die UDC war zunächst noch von *Berlusconi* umworben worden, hatte sich aber gewei-gert, zugunsten des geforderten Aufgehens in den Listen des PdL ihr eigenes Parteisymbol aufzugeben. So schmiedete sie im Februar 2008 ihr eigenes Wahlbündnis. Hauptpartner war die Rosa per l'Italia, die sich erst kurz zuvor aus Protest gegen eine mögliche Annäherung an *Berlusconi* von der UDC abgespalten hatte. Hinzu kamen noch der Partito Democratico Cristiano und weitere winzige christdemokratische Splitterparteien. Allerdings dominierte die UDC in dieser Formation, ablesbar daran, dass sie als Unione di Centro (abgekürzt ebenfalls UDC) mit dem unangefochtenen Spitzenkandidaten *Pierferdinando Casini* antrat.

Nach der Distanzierung des PD von den kleinen Parteien der radikalen Linken gründeten diese im Dezember 2007 ihr eigenes Wahlbündnis: Partito Rifondazione Comunista (PRC), Partito dei Comunisti Italiani (PdCI), Federazione dei Verdi (Verdi) und Sinistra Democratica (SD) traten mit einer gemeinsamen Liste an, der „Regenbogenlinken“ (La Sinistra l'Arcobaleno) mit dem Spitzenkandidaten *Fausto Bertinotti* (PRC).

Die beiden rechtsradikalen Splitterparteien Destra Sociale Italiana und Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) einigten sich im Februar 2008 auf die gemeinsame Wahl-liste La Destra mit der Spitzenkandidatin *Daniela Santanchè*. Nur zusammen konnte man sich theoretische Hoffnungen auf ein Überwinden der Sperrklausel von vier Prozent (Abgeordneten-kammer) beziehungsweise acht Prozent (Senat) machen. Schließlich schloss sich auch die Fronte Sociale Nazionale der Liste an.

Allen weiteren Formationen wurden im Vorfeld nicht die geringsten Chancen auf einen Einzug ins Parlament zugetraut; sie erreichten dann auch allesamt weniger als ein Prozent der Stimmen. Insgesamt stellten sich 32 Bündnisse und Parteien mit ihren Spitzenkandida-

Tabelle 1: Bündnisse bei italienischen Parlamentswahlen 2006 bis 2008			
Jahr	Wahlbündnis Mitte-Links (centrosinistra)	Wahlbündnis Mitte-Rechts (centrodestra)	andere Bündnisse beziehungsweise ohne Bündnis
2006	Unione – DS – Margherita (Abgeordneten-kammer mit DS als Ulivo) – PRC – PdCI – IdV – Verdi – Rosa nel Pugno – Udeur – (kleinere Parteien)	Casa della libertà – FI – AN – Lega Nord – UDC – Alternativa Sociale – MSFT – (kleinere Parteien)	Sonstige
2008	Walter Veltroni* – PD (mit Partito Radicale) – IdV	Silvio Berlusconi* – Popolo della libertà (FI, AN und kleinere Parteien) – Lega Nord – Movimento per l'Autonomia	– La Destra (Destra Sociale Italiana, MSFT) – Unione di Centro (UDC, Rosa per l'Italia) – La Sinistra l'Arcobaleno (PRC, PdCI, Verdi, SD) – Sonstige
* Das Wahlrecht von 2005 schreibt für Wahlbündnisse nur die Benennung eines Spitzenkandidaten, nicht einen Namen des gesamten Bündnisses vor. Dementsprechend werden hier die Namen der Spitzenkandidaten aufgeführt. Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Daten des italienischen Innenministeriums (http://www.politiche.interno.it , Stand: 18. April 2008); für die Jahre 1994 bis 2006 vgl. <i>Stefan Köppl</i> , a.a.O. (Fn. 5), S. 98.			

ten⁸ zur Wahl, von denen allerdings nur 16 in mindestens einem Viertel der Regionen antraten, zwölf in mindestens der Hälfte.

3. Wahlkampf

Der Wahlkampf begann offiziell mit der Auflösung der beiden Parlamentskammern am 6. Februar 2008. Gleichzeitig traten die Regelungen zur ausgewogenen Berichterstattung im Rundfunk (*par condicio*) in Kraft. Angesichts der Doppelrolle *Silvio Berlusconi* als Politiker und Medienunternehmer spielte das Thema Medienpräsenz auch in diesem Wahlkampf eine Rolle, allerdings weniger als in den vorhergehenden. Generell stellten Beobachter einen relativ ruhigen und gesitteten Wahlkampf fest, in dem sowohl verbale Ausfälle als auch persönliche Angriffe vergleichsweise selten waren – nach italienischen Maßstäben.

Im Mittelpunkt der Kampagnen stand vielmehr die rhetorische Beschwörung des Wechsels, allerdings mit unterschiedlichen Referenzpunkten: Knüpfte *Berlusconi* vor allem an die abschreckende Erfahrung der vergangenen zwei Jahre unter Mitte-Links an, versuchte *Veltroni* sich als Erneuerer gegen das Gewirr der Parteienzersplitterung zu präsentieren, dem

8 Sowohl Bündnisse als auch einzeln antretende Parteien müssen einen Spitzenkandidaten für das Amt des Regierungschefs benennen. Unter diesem Namen firmieren offiziell auch die Bündnisse, sofern sie sich selbst nicht anders benennen.

er mit seinem Projekt des PD ein Ende machen wollte. Seine entsprechenden Anleihen bei *Barack Obama* („Si può fare“ als analoger Slogan zu „Yes we can“⁹) samt Selbststilisierung als jugendlicher Newcomer wurden vom politischen Gegner aber mit Verweis auf seine jahrzehntelange Karriere in der ehemaligen Kommunistischen Partei gekontert sowie mit dem besonders von *Berlusconi* selbst gern bemühten Kommunismus-Vorwurf.

Inhaltlich wiesen die Wahlprogramme der beiden großen Bündnisse¹⁰ zahlreiche Parallelen in den propagierten Zielen und nur geringe Unterschiede in den dazu vorgeschlagenen Mitteln auf. So setzten beide primär auf Wachstum und die Erhöhung der Einkommen durch Steuersenkungen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Junge Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Bezieher kleiner Renten sollten mit unterschiedlichen Maßnahmen besser gestellt werden. Auch sahen beide Programme die Förderung junger Familien durch leichteren Erwerb eines Eigenheims sowie Baby-Prämien vor. Hinzu kamen auf beiden Seiten versprochene Reformen des Schul- und Gesundheitssystems. Die größten Unterschiede lagen mit Medien- und Justizpolitik auf Feldern, die allerdings kaum zur Sprache kamen. Die Außenpolitik spielte de facto keine Rolle. Die programmatische Konvergenz der beiden Programme wurde allerdings durch unterschiedliche Akzentuierungen, besonders der kleinen Bündnispartner, etwas konterkariert. So stellte die IdV eine moralische Erneuerung der Politik in den Vordergrund, während die Lega Nord die Themen innere Sicherheit und Immigration betonte.

Angesichts des Fehlens großer programmatischer Kontroversen bestimmten während des Wahlkampfes eher Einzelthemen die Schlagzeilen, etwa die Krise der staatlichen Fluglinie Alitalia, ein Aufflammen der Abtreibungsdiskussion, Spekulationen um eine eventuelle Große Koalition nach der Wahl oder das Taktieren um ein TV-Duell zwischen *Berlusconi* und *Veltroni*, das letztlich nicht zustande kam und durch eine Art Fernduell der beiden Gegner in unmittelbar aufeinander folgenden Interviews in derselben Sendung kompensiert wurde.

Da sich die beiden Hauptkontrahenten schon vor dem Sturz der Regierung *Prodi* mehrmals zu Absprachen getroffen hatten, wurde angesichts der recht zahmen Auseinandersetzung, der programmatischen Parallelen und der professionell-stromlinienförmigen Kampagnen gar der Begriff „Veltrusconi“ für die beliebige Austauschbarkeit der Kandidaten geprägt.

4. Das Wahlergebnis

Die Parlamentswahlen vom 13. und 14. April 2008 brachten den von den Demoskopern einhellig signalisierten¹¹ Sieg des Mitte-Rechts-Bündnisses von *Silvio Berlusconi*. Nicht vor-

9 Allerdings bedeutet *Veltronis* Slogan korrekt übersetzt lediglich „Es ist möglich“ und stellt damit eine deutlich weniger dynamische Aussage dar als das Original, was von PD-nahen Kommentatoren als Fehler moniert wurde.

10 Das Programm *Veltronis* ist verfügbar unter http://www.partitodemocratico.it/allegatidef/impProgrammaPD_26-0245315.pdf, das *Berlusconi*s unter <http://www.votaberlusconi.it/speciali/PROGRAMMA2008.pdf> (Stand: 3. Juli 2008).

11 Etwa drei Wochen vor der Wahl sahen alle maßgeblichen demoskopischen Institute *Berlusconi*s Bündnis klar in Front, wobei grosso modo ein Vorsprung zwischen fünf und acht Prozentpunkten gemessen wurde. Für eine Übersicht über die Daten von insgesamt zwölf Instituten vgl.

**Tabelle 2: Ergebnisse der italienischen Parlamentswahlen vom 13./14. April 2008
(Stimmenanteile und Sitzverteilung)**

Bündnis / Liste	Abgeordnetenversammlung		Senat	
	Stimmen (Prozent)	Sitze	Stimmen (Prozent)	Sitze
Bündnis <i>Silvio Berlusconi</i>	46,8	344	47,4	174
Il Popolo della Libertà	37,4	276	38,2	147
Lega Nord	8,3	60	8,1	25
Movimento per l'Autonomia	1,1	8	1,1	2
Bündnis <i>Walter Veltroni</i>	37,6	246	38,0	132
Partito Democratico	33,2	217	33,7	118
Italia dei Valori	4,4	29	4,3	14
Unione di Centro	5,6	36	5,7	3
La Sinistra l'Arcobaleno	3,1	0	3,2	0
La Destra	2,4	0	2,1	0
<i>Gesamt (alle fünf Bündnisse)</i>	<i>95,5</i>	<i>626</i>	<i>96,4</i>	<i>309</i>
Sonstige	4,5	4	3,6	13
Summe	100,0	630	100,0	322

Stimmenanteile aufgrund abweichender Wahlmodi jeweils ohne Ausland und Aostatal, Senat auch ohne Trient-Südtirol; Sitzverteilung insgesamt, auch inklusive der sieben Senatoren auf Lebenszeit. Die acht Abgeordnetenmandate für den Movimento per l'Autonomia – trotz des Unterschreitens der Zwei-Prozent-Sperrklausel – ergeben sich aus der lucky loser-Regelung (lista miglior perdente) des Wahlrechts, nach der die stärkste gescheiterte Liste dennoch bei der Sitzverteilung zum Zuge kommt. Quelle: Internetseiten des italienischen Innenministeriums (<http://www.politiche.interno.it>, Stand: 23. Mai 2008), eigene Aufbereitung.

herschbar war aber die Größe des Vorsprungs vor dem Mitte-Links-Bündnis *Walter Veltroni* (vgl. Tabelle 2).

Bei einem historischen Tief in der Wahlbeteiligung (80,5 Prozent) erreichte *Berlusconi* Allianz in der Wahl zur Abgeordnetenversammlung landesweit 46,8 Prozent der Stimmen, *Veltroni* kam nur auf 37,5 Prozent und die UDC *Casinis* auf 5,6 Prozent. Ähnliche Abstände ergaben sich bei der Wahl zum Senat: *Berlusconi* 47,3 Prozent, *Veltroni* 38,0 Prozent, UDC 5,7 Prozent. Anders als 2006, als die beiden großen Bündnisse bei der Abgeordnetenversammlung nur durch etwa 25.000 Stimmen getrennt waren, betrug der Vorsprung von Mitte-Rechts 2008 circa 3,4 Millionen Stimmen.

Überraschend war das Scheitern der Regenbogenlinken, der gemeinhin der Einzug in die Abgeordnetenversammlung und das Überspringen der Acht-Prozent-Hürde für den Senat in manchen Regionen zugetraut worden war. So verzeichnete sie in den letzten Umfragen Ende März 2008 in Ligurien, Toskana, Umbrien, Latium und den Marken über acht Prozent, in weiteren fünf Regionen über sieben Prozent.¹² Die UDC lag in diesen Umfragen auf Sizilien und in Kalabrien über acht Prozent, in weiteren sieben Regionen über sieben Prozent. Letztlich stellte die Vier-Prozent-Hürde der Abgeordnetenversammlung kein Problem

Renato Mannheimer, Sfida Pdl-pd, in cinque regioni la distanza è del 2%, in: Corriere della Sera vom 28. März 2008.

12 Ebenda.

für sie dar (5,6 Prozent); beim Senat schaffte sie es aber nur in Sizilien über die Hürde und erreichte dort drei Mandate (obwohl sie italienweit hier nur auf 5,3 Prozent kam).

Bemerkenswert ist, dass sich auf die genannten fünf Bündnisse über 95 Prozent der Stimmen konzentrierten; die Wähler haben also vor allem für die Parteien votiert, denen wenigstens eine minimale Chance auf den Einzug ins Parlament eingeräumt wurde. Die Kampagnen der beiden großen Bündnisse zugunsten einer „nützlichen Stimmabgabe“ (*voto utile*) im Hinblick auf die Mehrheitsprämien scheinen daher nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. 2006 war dieser Aspekt kaum von Bedeutung gewesen, da fast alle Kleinparteien in den beiden großen Bündnissen aufgehoben waren.

Bei den Italienern, die im Ausland leben, ist das Bild etwas uneinheitlicher: Bei der Wahl zur Abgeordnetenversammlung ist der PD mit 32,7 Prozent die stärkste, der PdL mit 31,0 Prozent die zweitstärkste Partei; bei der Wahl zum Senat erzielte der PdL 34,0, der PD 33,2 Prozent. Doch spielte das Wahlverhalten der Auslandsitaliener wegen des klaren Mitte-Rechts-Vorsprungs keine große Rolle – im Unterschied zu 2006, als dieser Faktor ein wichtiges Zünglein an der Waage gewesen war.

Ein Blick in das Innere der beiden großen Bündnisse zeigt zwei Befunde: Zum einen ging der PdL klar stärker aus der Wahl hervor als der PD. Zum anderen ist die Größe des Abstands zwischen *Berlusconi* und *Veltroni* nicht nur darauf, sondern zur Hälfte auf das unterschiedliche Abschneiden der kleineren Bündnispartner zurückzuführen: Allein die Lega Nord war etwa doppelt so erfolgreich wie IdV; hinzu kommt der Movimento per l'Autonomia.

Betrachtet man die Sitzverteilung in den beiden Parlamentskammern im Vergleich mit der Stimmenverteilung (vgl. Tabelle 2), so ist die Wirkung der mehrheitsbildenden Mechanismen des Wahlrechts unübersehbar: *Berlusconi's* Koalition verfügt in der Abgeordnetenversammlung über eine Mehrheit von 344 zu 286 Sitzen, im Senat über 174 zu 148 Sitze – wohl gemerkt obwohl sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen klar verfehlt hatte (46,8 Prozent beziehungsweise 47,4 Prozent). Die Mehrheitsprämien haben somit ihre beabsichtigte Wirkung voll entfaltet, nämlich die relativ stärkste politische Kraft mit einer regierungsfähigen absoluten Mehrheit im Parlament auszustatten, selbst dann, wenn diese nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht. Die Mehrheit von PdL und Lega Nord würde rechnerisch sogar ausreichen, um auf die Autonomiebewegung als Koalitionspartner verzichten zu können. Sogar ein Überlaufen einzelner Abgeordneter und Senatoren zur Opposition könnte die Regierungsmehrheit im Unterschied zur vorigen Wahlperiode nicht schrecken.

Außerdem sorgten die Sperrklauseln dafür, dass nur drei Bündnisse mit insgesamt sechs Parteien in das Parlament einzogen; die UDC wäre sogar fast aus dem Senat gefallen. Auch wenn sich hinter manchen dieser Parteien in Wirklichkeit mehrere verbergen, bedeutet das eine bislang ungekannte Übersichtlichkeit in der parlamentarischen Arena – eine Entwicklung, die nicht wenige Kommentatoren als bedeutende Wendemarke einstufen.¹³

Führt man die Betrachtung der Stimmenverteilung auf regionaler Ebene bei der Wahl zum Senat fort (vgl. Tabelle 3), treten drei Aspekte zu Tage: Erstens zeigt sich die gewohnte Dominanz des Mitte-Rechts-Lagers im Norden des Landes, die ihre Wurzeln in der dor-

13 So zum Beispiel *Giovanni Sartori*, *Le elezioni dirimpenti*, in: *Corriere della Sera* vom 24. April 2008.

Tabelle 3: Ergebnisse der italienischen Parlamentswahlen vom 13./14. April 2008 – Senat auf regionaler Ebene (Angaben in Prozent)

Region	Mitte-Links	Mitte-Rechts	Veränderung 2006 zu 2008*
Piemont	38,2	47,5	M-R → M-R
Lombardei	32,0	55,1	M-R → M-R
Friaul – Julisch Venetien	38,2	48,5	M-R → M-R
Venetien	31,6	54,4	M-R → M-R
Ligurien	43,1	44,1	<i>M-L</i> → <i>M-R</i>
Emilia Romagna	49,4	38,5	M-L → M-L
Toskana	50,4	34,4	M-L → M-L
Marken	46,3	38,4	M-L → M-L
Umbrien	47,5	36,6	M-L → M-L
Latium	41,4	44,2	M-R → M-R
Abruzzen	41,0	43,6	<i>M-L</i> → <i>M-R</i>
Campania	34,1	51,0	<i>M-L</i> → <i>M-R</i>
Apulien	36,0	47,7	M-R → M-R
Basilicata	44,6	37,0	M-L → M-L
Kalabrien	36,6	44,6	<i>M-L</i> → <i>M-R</i>
Sizilien	26,9	54,7	M-R → M-R
Sardinien	40,4	43,8	<i>M-L</i> → <i>M-R</i>

* Der Wechsel von Mitte-Links (M-L) zu Mitte-Rechts (M-R) ist jeweils durch Kursivsetzung gekennzeichnet.
M-R: Casa della Libertà (2006) beziehungsweise Bündnis *Berlusconi* (2008).
M-L: Unione (2006) beziehungsweise Bündnis *Veltroni* (2008).
In Aostatal, Trient-Südtirol und Molise wird aufgrund abweichender Regelungen keine Mehrheitsprämie vergeben.
Quelle: Internetseiten des italienischen Innenministeriums (<http://www.politiche.interno.it>, Stand: 23. Mai 2008), eigene Aufbereitung.

tigen früheren Stärke der Christdemokraten hat und an die 2008 das *Berlusconi*-Bündnis anknüpfen konnte. Zweitens wird analog dazu die gewohnte Hochburg des Mitte-Links-Lagers im „roten Gürtel“ (Emilia Romagna, Toskana, Marken, Umbrien) offenbar, auch diese erklärbar durch die jahrzehntelange subkulturelle Verwurzelung der ehemaligen Kommunistischen Partei, die diese Regionen auch 2008 zu Hochburgen des *Veltroni*-Bündnisses werden ließ. Drittens ist zu erkennen, dass der Süden einen entscheidenden Einfluss auf Sieg und Niederlage hatte: Die südlichen Regionen, die 2006 ihre „politische Farbe“ von Mitte-Rechts zu Mitte-Links gewechselt und damit *Prodis* knappen Sieg ermöglicht hatten, wechselten 2008 wieder zu Mitte-Rechts zurück und ließen das Pendel bei ansonsten konstanten Hochburgen zugunsten von *Berlusconi* ausschlagen.¹⁴ *Veltroni* hingegen konnte dem Mitte-Rechts-Lager keine einzige Region entreißen. Am stärksten fiel der Swing in der

14 *Roberto D'Alimonte*, Il sud decisivo per la vittoria Pdl: 8-10% i voti in più, in: Il Sole 24 Ore vom 16. April 2008.

Campania mit einem wahren Erdrutschsieg für *Berlusconi* aus; der Müllnotstand in und um Neapel scheint sich hier stark ausgewirkt zu haben.

Die regionale Betrachtung führt zu einem näheren Verständnis der großen Überraschung dieses Wahlergebnisses: des Ausscheidens der radikalen Linken aus dem Parlament. Bei den vier Regionen des „roten Gürtels“ handelt es sich eigentlich auch um Hochburgen der kommunistischen Nachfolgeparteien PRC und PdCI; dementsprechend hätte ihr Bündnis dort gut abschneiden und problemlos die Acht-Prozent-Hürde für den Senat überspringen müssen. Doch zeigen die Ergebnisse gerade in diesen vier Regionen das Desaster der Regenbogenlinken: Gerade dort musste sie massive Verluste von zwei Dritteln und drei Vierteln ihres Stimmenanteils von 2006 hinnehmen (Emilia Romagna: -9,2; Toskana: -10,9, Marken: -9,9; Umbrien: -10,8 Prozentpunkte).

Die radikale Linke ist somit der große Verlierer dieser Wahlen. Allein der PRC hat 2006 etwa doppelt so viele Stimmen erreicht wie die Regenbogenlinke 2008. Die Aussperrung aus dem Mitte-Links-Lager machte Voten für sie potentiell nutzlos; wer effektiv gegen *Berlusconi* wählen wollte, stimmte lieber für *Veltroni* (voto utile). Außerdem wurde sie vor allem für das Scheitern der Regierung *Prodi* verantwortlich gemacht. Schließlich führte *Veltroni* seinen Wahlkampf fast mehr gegen die Parteien der Regenbogenlinken als gegen *Berlusconi*. Die langfristige Abgrenzung des PD von den alten Vielparteienkoalitionen und von einer maximalistischen Linken schien ihm wichtiger zu sein als die Wahrung minimaler Siegchancen gegen *Berlusconi*. Diese Strategie ging voll auf: Nach Wählerwanderungsanalysen¹⁵ verlor die radikale Linke circa 30 Prozent ihrer Wähler von 2006 an den PD, 20 Prozent an die Gruppe der Nichtwähler und etwa sechs Prozent an die Lega Nord.

Das gute Abschneiden der Lega Nord, die ihren Stimmanteil verdoppeln konnte, basiert auf fast spiegelbildlichen Entwicklungen: Sie konnte beinahe alle (95 Prozent) ihrer Wähler von 2006 halten und dazu einige Stimmen von ihren Koalitionspartnern abziehen, vor allem von der Forza Italia, von der circa jeder vierte Lega-Wähler kam. Auch aus dem Mitte-Links-Lager konnte die Lega Nord hinzugewinnen: Etwa acht Prozent ihrer Stimmen stammen von dort, wie gesagt sogar von der radikalen Linken.

So war das fulminante Ergebnis der Lega Nord eines der wichtigsten Themen, dem sich die Beobachter nach der Wahl widmeten.¹⁶ Dabei wird von vielen, vor allem ausländischen Beobachtern vergessen, dass die Lega Nord bei weitem kein Novum mehr ist. Sie blickt auf über 20 Jahre ihres Bestehens zurück und ist die einzige der heutigen Parteien, die in dieser Form schon vor den Umbrüchen der 1990er Jahre beträchtlich im Parlament vertreten war. Das Ergebnis von 2008 macht sie wieder so stark, wie sie es schon 1992 (8,7 Prozent) oder 1994 (8,4 Prozent) war; ihren Höhepunkt erreichte sie 1996 mit 10,1 Prozent. Es handelt sich also weniger um einen unerhörten Erfolg als vielmehr um ein Comeback nach einer Schwächephase. Außerdem ist die Lega fest verwurzelt und regiert viele Kommunen und Provinzen. In fünf Provinzen kam sie auf über 30 Prozent, in weiteren 20 auf über 15 Prozent; in sechs Provinzen wurde sie stärkste Partei.

15 Zum Folgenden: *Paolo Natale*, I flussi e la fedeltà leggera, in: Europa vom 16. April 2008, und *Renato Mannheimer*, Elettori di sinistra in fuga verso il Pd. La metamorfosi dei centristi, in: Corriere della Sera vom 16. April 2008.

16 Vgl. Lega Nord macht keine Angst mehr, in: Neue Züricher Zeitung am Sonntag vom 20. April 2008 und Freie Hand für Berlusconi, in: Focus, Nr. 17, vom 21. April 2008.

Die Lega Nord übergreift als territoriale¹⁷ Partei am meisten die Lagergrenzen: Ihre Anhänger verorten sich selbst in der politischen Mitte, ihre breite Wählerschaft zieht sich durch alle sozialen Gruppen (Arbeiter, Unternehmer, Hausfrauen, Arbeitslose).¹⁸ Obwohl sie längst zum Establishment gehört, geriert sie sich nach wie vor als Protestbewegung und Anti-Parteien-Partei. Außerdem sprach sie mit der inneren Sicherheit und illegalen Immigration Themen an, die andere Parteien vernachlässigten.

Der Blick auf die Neuerungen und Überraschungen dieses Wahlergebnisses, also die Reduzierung der parteipolitischen Fragmentierung, das Scheitern der radikalen Linken und das gute Abschneiden der Lega Nord, darf allerdings nicht den Blick auf Aspekte der Kontinuität verstellen. So gibt es zwar beträchtliche Wanderungen zwischen den einzelnen Parteien und hier mehr innerhalb des Mitte-Links-Lagers als innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers: Insgesamt veränderten etwa 27 Prozent der italienischen Wähler ihre Wahlentscheidung, wenn man die Bewegungen vom und zum Lager der Nichtwähler einbezieht. Aber der Austausch zwischen den Lagern bleibt gering: Nur etwa vier Prozent der Wähler wechselten das Lager, etwa doppelt so viele von Mitte-Links zu Mitte-Rechts wie umgekehrt.¹⁹ *Paolo Natale* spricht sogar von einer „extremen Bündnistreue, die das Wahlverhalten der Italiener bestimmt“²⁰. Die politischen Familien halten zusammen, auch wenn sie in sich streiten mögen.

Außerdem hat *Ilvo Diamanti* bei jüngsten territorialen Betrachtungen frappierende Kontinuitäten festgestellt.²¹ So decken sich die Hochburgen des PD von 2008 fast vollständig mit denen der Kommunistischen Partei von 1953, wobei diese territoriale Kontinuität auch in den turbulentesten Umbruchjahren der 1990er Jahre bestehen blieb. Dasselbe gilt cum grano salis für die Mitte-Rechts-Parteien Forza Italia, Alleanza Nazionale (nun zusammen als PdL) und Lega Nord, die dieselben Hochburgen einnehmen wie die Democrazia Cristiana im Jahre 1948.

5. Die Regierungsbildung

Angesichts der relativ geringen Fragmentierung und Heterogenität der neuen Regierungsmehrheit war es keine Überraschung, dass die Regierungsbildung schnell vonstatten ging. Zwar mussten kleinere Differenzen zwischen den Parteien ausgeräumt werden, und es ge-

17 Zum Charakter der Lega Nord als territorialer Partei, dem hier nicht weiter nachgegangen werden kann, vgl. *Anna Cento Bull / Mark Gilbert*, The Lega Nord and the Northern Question in Italian Politics, Basingstoke 2001; *Patricia Chiantera-Stutte*, Leadership, Ideology, and Anti-European Politics in the Italian Lega Nord, in: *Daniele Caramani / Yves Mény* (Hrsg.), Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region, Brüssel u.a. 2005, S. 113 – 129, und jüngst *Angelo Panebianco*, La vera forza della Lega, in: *Corriere della Sera* vom 17. April 2008.

18 *Renato Mannheimer*, a.a.O. (Fn. 15); vgl. zu den unterschiedlichen Wählergruppen der Lega Nord auch *ders.*, L'8% dei voti lumbard è „rubato“ alla sinistra, in: *Corriere della Sera* vom 20. April 2008.

19 *Paolo Natale*, Il limite del Pd è al centro, in: *Europa* vom 17. April 2008, und *Renato Mannheimer*, Il ruolo-chiave degli elettori „mobili“, in: *Corriere della Sera* vom 27. April 2008.

20 *Paolo Natale*, a.a.O. (Fn. 15).

21 *Ilvo Diamanti*, Radici forti e rami secchi: è lo strano albero del PD, in: *La Repubblica* vom 4. Mai 2008, und *ders.*, La geografia politica di Berlusconi, in: *La Repubblica* vom 19. Mai 2008.

Tabelle 4: Das Kabinett Berlusconi IV		
Amt	Name (Partei)	Staatssekretäre
Vorsitzender des Ministerrates (Regierungschef)	<i>Silvio Berlusconi</i> (FI)	
Minister mit Portefeuille		
Auswärtiges	<i>Franco Frattini</i> (FI)	3
Inneres	<i>Roberto Maroni</i> (LN)	3
Justiz	<i>Angelino Alfano</i> (FI)	2
Wirtschaft und Finanzen	<i>Giulio Tremonti</i> (FI)	5
Wirtschaftliche Entwicklung	<i>Claudio Scajola</i> (FI)	3
Bildung, Universitäten, Forschung	<i>Maria Stella Gelmini</i> (FI)	1
Arbeit, Gesundheit, Sozialpolitik („Welfare“)	<i>Maurizio Sacconi</i> (FI)	4
Verteidigung	<i>Ignazio La Russa</i> (AN)	2
Landwirtschaft	<i>Luca Zaia</i> (LN)	1
Umwelt	<i>Stefania Prestigiacomo</i> (FI)	1
Infrastruktur, Transport	<i>Altero Matteoli</i> (AN)	4
Kultur	<i>Sandro Bondi</i> (FI)	1
Minister ohne Portefeuille		
Beziehungen zum Parlament	<i>Elio Vito</i> (FI)	-
Verwirklichung des Regierungsprogramms	<i>Gianfranco Rotondi</i> (DCA)	-
Reformen	<i>Umberto Bossi</i> (LN)	1
Beziehungen zu den Regionen	<i>Raffaele Fitto</i> (FI)	-
Gleichstellung	<i>Mara Carfagna</i> (FI)	-
Jugend	<i>Giorgia Meloni</i> (AN)	1
Vereinfachung der Normen	<i>Roberto Calderoli</i> (LN)	1
Europa	<i>Andrea Ronchi</i> (AN)	-
Verwaltung und Innovation	<i>Renato Brunetta</i> (FI)	-
Quelle: Homepage der italienischen Regierung (http://www.governo.it/Governo/Ministeri/ministri_gov.html , Stand: 29. Mai 2008).		

lang dem designierten Regierungschef nicht ganz, sich mit seinen Vorstellungen gegen die Koalitionspartner durchzusetzen. Dennoch konnte *Silvio Berlusconi* dem Staatspräsidenten, unmittelbar nachdem er am 7. Mai 2008 von diesem den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten hatte, eine Kabinettsliste vorlegen.

Das am 8. Mai vereidigte Kabinett (vgl. Tabelle 4) sollte zwei Signale aussenden: Zum einen eine Verjüngung; es handelt sich mit einem Durchschnittsalter von 52 Jahren und fünf Ministern unter 40 Jahren um das jüngste Kabinett seit langem. Zum anderen eine Verschlinkung; mit insgesamt 21 Ministern und 37 Staatssekretären ist es eine der kleinsten Regierungsmannschaften seit Jahrzehnten. Noch die Vorgängerregierung *Prodi II* hatte mit 102 Mitgliedern einen neuen Rekord aufgestellt; das Kabinett *Berlusconi III* (2005 bis 2006) umfasste 98 Köpfe.

Die Verteilung der Posten zeigt die klare Führungsrolle, die dem PdL zukommt. Der kleine Koalitionspartner Lega Nord stellt nur vier Minister, davon zwei mit Portefeuille, der Movimento per l'Autonomia nur zwei Staatssekretäre. Auch innerhalb des PdL fällt die Gewichtsverteilung deutlich zugunsten der Forza Italia des Regierungschefs aus, die zwölf

Ministerposten und zentrale Ressorts besetzen konnte; der Alleanza Nazionale blieben lediglich vier Ministerämter, obwohl sie elektoral deutlich stärker einzuschätzen ist als die Lega Nord.

Insgesamt fällt auf, dass in der Ministerriege vor allem loyale Gefolgsleute *Berlusconi*s vertreten sind und von der Herkunft her ein deutliches Übergewicht des Nordens herrscht. Junge Neulinge wie Gleichstellungsministerin *Mara Carfagna* oder Justizminister *Angelino Alfano* werden von erfahrenen Schwergewichten eingerahmt, zum Beispiel Außenminister *Franco Frattini*, Wirtschafts- und Finanzminister *Giulio Tremonti* und Innenminister *Roberto Maroni*.

6. Zur Entwicklung des Parteiensystems: immer noch zwischen den Welten oder Aufbruch in eine neue Ära?

Die Parlamentswahlen 2008 stellen eine weitere Etappe in der wechselvollen Entwicklung des italienischen Parteiensystems dar.²² Sowohl bei der Fragmentierung der parlamentarischen Arena als auch bei der Eindeutigkeit der Mehrheitsverhältnisse scheint in Italien eine neue Ära angebrochen zu sein.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Regierungswechsel eine der wenigen Konstanten in der italienischen Politik – zumindest seit der Wahlrechtsreform 1993 – bleibt: Nach allen Wahlen seither (1994, 1996, 2001, 2006 und 2008) wechselte die Macht zwischen den beiden großen Lagern. Anders gewendet: Wer regiert, verliert. Angesichts der weit verbreiteten Unzufriedenheit der Italiener mit ihren politischen Eliten wäre das eine nahe liegende Formulierung. Doch ist zumindest für den Zeitraum 1994 bis 2001 festzustellen, dass die Regierungswechsel eher durch Bündnistaktik bedingt waren als durch größere Wählerwanderungen.²³ Dennoch wurde durch die Einführung der Mehrheitswahl (allerdings mit proportionalem Zusatz) das Ziel alternierender Regierungen klar erreicht. Auch das aktuell geltende Wahlrecht von 2005 – fälschlicherweise von einigen Kommentatoren als Rückkehr zur Verhältniswahl kritisiert – ist als Mischsystem mit einer sehr starken Mehrheitskomponente zu charakterisieren, das seiner primären Logik nach mindestens so majoritär und bipolarisierend wirkt wie sein Vorgänger, wenn nicht noch stärker.²⁴

Dennoch ergibt sich im Jahre 2008 ein zwiespältiges Bild: Ganz im Sinne von Bipolarismus und „responsible party government“ sind die radikalen Rechten und Linken gescheitert, und darin liegt die wesentliche Ursache für die neue Übersichtlichkeit im Parlament. In dieselbe Richtung weist der am Horizont aufscheinende Dualismus zweier großer Parteien: PD und PdL. Dabei hängt sehr viel davon ab, inwieweit diese sich in ihrem Lager als

22 Vgl. zur Forza Italia: *Eike-Christian Hornig*, Forza Italia zwischen Volks- und Kartell-Partei. Ein Beispiel für Anwendungs-, nicht Theoriedefizite in der Parteienforschung, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 4, S. 798 – 815.

23 Vgl. *Stefano Bartolini / Alessandro Chiamonte / Roberto D'Alimonte*, a.a.O. (Fn. 4).

24 So zum Beispiel auch *Luciano Bardi*, Electoral Change and its Impact on the Party System in Italy, in: West European Politics, 30. Jg. (2007), H. 4, S. 711 – 732, *Alessandro Chiamonte / Aldo Di Virgilio*, Da una riforma elettorale all'altra: partiti, coalizioni e processi di apprendimento, in: Rivista Italiana di Scienza Politica, 36. Jg. (2006), S. 363 – 392, und *Angelo Pappalardo*, Italian bipolarism and the elections of 2006. End of the line or just a connecting stop?, in: Journal of Modern Italian Studies, 11. Jg. (2006), S. 472 – 493.

führende Kraft behaupten und kleinere Parteien absorbieren können. Die jüngsten Wahlergebnisse unterstützen diese Vision nicht: Im Vergleich zu 2006 legte der PD²⁵ mit einer Steigerung von 1,9 Punkten nur leicht zu, ebenso der PdL²⁶ mit einem Zuwachs von nur 1,3 Punkten. Die Interpretationen, die in den Wahlen 2008 einen großen Sieg des Bipolarismus sehen²⁷, müssen also zumindest mit Einschränkungen versehen werden. Die beiden großen bereits erfolgten beziehungsweise beabsichtigten Parteifusionen konnten nicht in großem Stil Stimmen von den Kleinparteien abziehen, sondern stagnierten. Gestärkt wurden stattdessen die „Mittelparteien“ Lega Nord und IdV. Hinzu kommt, dass sich die UDC behaupten konnte und wieder ins Parlament einzog. Damit gibt es seit 1994 zum ersten Mal wieder eine Kraft der Mitte zwischen den beiden großen Bündnissen.

Zudem verlief die Bündnisbildung bei identischen institutionellen Rahmenbedingungen gänzlich anders als noch 2006. Es kristallisierten sich nicht nur zwei, sondern fünf ernstzunehmende Pole heraus, von denen es drei ins Parlament schafften. Zumindest bei der radikalen Linken ist nicht auszuschließen, dass sich – gegebenenfalls nach einer Fusion ihrer vier Parteien – hier ein Pol etabliert, der zwar nicht um die Mehrheitsprämie konkurrieren, wohl aber den Einzug ins Parlament schaffen kann. Dies würde den Bipolarismus beschädigen und wäre vor allem fatal für den PD. Gewisse Parallelen zur Linkspartei in Deutschland drängen sich auf. Die entsprechende Gefahr auf der Rechten ist um einiges geringer einzustufen.

Auch in puncto Konzentration des Parteiensystems sind die Befunde nicht eindeutig: 2006 hatten die beiden großen Bündnisse 99,5 Prozent (Abgeordnetenversammlung) beziehungsweise 97,4 Prozent (Senat) der Stimmen auf sich versammelt. 2008 kamen die beiden erfolgreichsten Bündnisse von *Berlusconi* und *Veltroni* – bei unterschiedlicher Wettbewerbsslage – zusammen nur noch auf 84,3 beziehungsweise 85,3 Prozent. Dies ist elektoral zunächst eine Dekonzentration, wirkte durch das Ausscheiden der Radikalen parlamentarisch allerdings konzentrierend, so dass sich eine Konstellation ähnlich der deutschen ergab (zwei große und drei kleinere Parteien, wenn man den PdL schon als eine Partei zählen will).

Im Hinblick auf die Parteien scheint sich der langsame Konzentrationsprozess, der nach dem Tiefpunkt der Parteienzersplitterung 1994 einsetzte, beschleunigt fortzusetzen, was vor allem auf die beiden großen Fusionsprojekte zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 5). Danach wäre unter diesem Aspekt wieder in etwa der Stand von 1979 erreicht. Betrachtet man Forza Italia und Alleanza Nazionale im Jahre 2008 nach wie vor als getrennte Parteien (in der Tabelle Modellrechnung 2008a), so reduziert sich die Konzentrationsbewegung zwischen 2006 und 2008 merklich, bleibt aber beträchtlich.

25 2006 waren Margherita, Linksdemokraten und eine Splitterpartei zusammen als Ulivo angetreten. Der Vergleich ist nicht ganz exakt, da 2008 Kandidaten der Radikalen Partei auf den Listen des PD antraten, nicht aber der Sozialisten, die 2006 mit den Radikalen eine gemeinsame Liste gebildet hatten. Außerdem hatte sich vor der Gründung des PD die SD von den Linksdemokraten abgespalten.

26 Referenzpunkt ist hier das gemeinsame Ergebnis von Forza Italia und Alleanza Nazionale 2006. Angesichts der Kleinparteien, die 2008 zusätzlich auf den Listen des PdL antraten, ist der Zuzug eher gering.

27 Zum Beispiel *Renato Mannheimer*, *Vince il bipolarismo. Carroccio e Di Pietro nuove „ali radicali“*, in: *Corriere della Sera* vom 15. April 2008.

Tabelle 5: Konzentration der Stimmen bei den Wahlen zur italienischen Abgeordnetenkommission 1979 bis 2008 (Angaben in Prozent)

Wahljahr	1979	1983	1987	1992	1994	1996	2001	2006	2008	(2008a)
Anteil der zwei größten Parteien	68,7	62,8	60,9	51,4	41,3	41,7	46,1	41,5*	70,6**	(59,0)
Anteil der drei größten Parteien	78,5	74,2	75,2	65,0	54,8	57,4	60,6	53,9*	78,9**	(70,6)
Anteil der vier größten Parteien	83,8	81,0	81,1	73,7	65,9	66,0	72,6	67,3	84,5**	(78,9)
Anteil der fünf größten Parteien	87,6	86,1	84,4	79,1	74,3	72,8	77,6	74,1	88,9**	(84,5)

* Da für DS und Margherita bei der Wahl zur Abgeordnetenkommission keine getrennten Daten vorliegen, wurden für diese beiden Parteien die Ergebnisse bei der Wahl des Senats verwendet.

** Da Forza Italia und Alleanza Nazionale zusammen mit mehreren Splitterparteien bei den Wahlen zu beiden Kammern mit einer gemeinsamen Liste antraten (Popolo della Libertà), können die Daten trotz der zu diesem Zeitpunkt noch ausstehenden Fusion beider Parteien nicht auseinanderdividiert werden. Dies ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen.

2008a: Modellrechnung: Forza Italia und Alleanza Nazionale getrennt 25,8 beziehungsweise 11,6 Prozent; Stärke kalkuliert analog der letzten getrennten Umfragewerte (Daten des Instituts ISPO, in: Corriere della Sera vom 22. November 2007).

Quelle: Offizielle Wahlergebnisse des italienischen Innenministeriums (<http://www.politiche.interno.it>, Stand: 18. April 2008), eigene Berechnungen.

Die Kritik am Wahlrecht, das von manchen Kommentatoren sogar für den Sturz der Regierung *Prodi* verantwortlich gemacht worden war²⁸, ist deutlich leiser geworden, wenn nicht ganz verstummt. In seiner zweiten Bewährungsprobe hat es die beabsichtigten Wirkungen voll entfaltet: Es hat das Bündnis mit der relativen Stimmenmehrheit mit einer komfortablen und regierungsfähigen absoluten Mehrheit der Parlamentssitze ausgestattet. Und es hat durch seine Sperrklauseln die Präsenz von Kleinparteien im Parlament massiv reduziert. Allein vier Parteien der radikalen Linken scheiterten an den Hürden, obwohl sie gemeinsam angetreten waren; auch die rechten Splitterparteien blieben draußen. Schon 2006 hatten die Sperrklauseln des Wahlrechts *Prodi* vor zwei weiteren schwierigen Koalitionspartnern bewahrt (die Radikale Partei und die Sozialisten), und die Mehrheitsprämie hatte ihm eine Mehrheit in beiden Kammern beschert, obwohl sein Bündnis im Senat nach Stimmen unterlegen war. Folglich ist im Lichte von 2008, aber auch schon bei genauerem Hinsehen auf 2006, das Wahlrecht – trotz unzweifelhafter Probleme – besser als sein Ruf.

Zentral bei all diesen Beobachtungen bleibt jedoch das taktische Verhalten der Akteure. Die beiden unter identischen Rahmenbedingungen, aber dennoch gänzlich verschieden abgelaufenen Prozesse der Bündnisbildung vor diesen und den letzten Wahlen zeigen, dass alle Bemühungen, durch „institutional engineering“ ein bestimmtes Ergebnis herbeiführen zu wollen, letztlich durch kontingente Faktoren konterkariert werden (können).

Ohne die Entscheidung des PD, wesentlich herbeigeführt durch *Veltroni*, auf die die Erfolgchancen maximierende Strategie der großen Bündnisse zu verzichten, wären alle weiteren Ereignisse so nicht denkbar. Und diese Entscheidung wiederum wäre wohl kaum

28 Vgl. zum Beispiel *Heinz-Joachim Fischer*, Mit Sperrklausel könnte Prodi noch regieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2008.

gefallen, wenn die demoskopische Lage reelle Siegchancen versprochen hätte. Auf diese zentrale Weichenstellung hin passten alle anderen Akteure ihre Kalküle an, die schließlich das Wahlergebnis präformierten – ein Paradebeispiel für die Pfadabhängigkeit politischer Prozesse. Ohne diesen speziellen Verlauf der Ereignisse wäre es sehr wahrscheinlich wieder zu einem ruinösen Wettlauf um das größte Bündnis und damit zu zwei sehr bunten Allianzen gekommen. Diese hätten wohl wieder fast alle abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, aber mit sich eine beträchtliche Anzahl von Kleinparteien ins Parlament gebracht. Bleibt das Wahlrecht bis zu den nächsten Wahlen unverändert, wird es wieder Anreize zu solchen großen Bündnissen geben. Ob die Politiker diesen Anreizen folgen oder sich wieder einer der Hauptakteure bereit findet, von sich aus auf den ruinösen Wettlauf zu verzichten, bleibt eine der vielen Unwägbarkeiten, von denen die italienische Politik auch nach den Parlamentswahlen 2008 gekennzeichnet ist.

Sollte sich der Trend von 2008 aber fortsetzen, könnte im italienischen Parteiensystem innerhalb von 20 Jahren eine zweite revolutionäre Umwälzung bevorstehen. Es besteht die Chance, dass von den Parteien, die 2006 zur Wahl standen, im Jahre 2013 erneut die meisten verschwunden sein werden. Das war, allerdings in einem kürzeren Zeitraum, schon zwischen 1992 und 1994 der Fall. Die einzige Partei, von der dies zum jetzigen Zeitpunkt kaum denkbar erscheint, ist die Lega Nord. Sie wird wohl nach Lage der Dinge auch 2013 als eigenständige Kraft antreten, in welcher Bündniskonstellation auch immer.

Erdbeben als Oberflächenphänomen. Die Parlamentswahlen in Polen vom 21. Oktober 2007

Holger Münch

„Es geht ein Ruck durch Polen“, kommentierte der polnische Publizist *Adam Krzemiński* den Sieg der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO) unter ihrem Spitzenkandidaten *Donald Tusk* über die bisherige Regierung unter Premierminister *Jarosław Kaczyński* und seiner Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in den Parlamentswahlen vom 21. Oktober 2007.¹ Damit gab er der Erleichterung Ausdruck, die vor allem im westlichen Ausland – und dabei insbesondere in Deutschland – über das Ende der international durch EU- und deutschlandfeindliche Ausfälle nicht sonderlich wohlgeleiteten national-konservativen Koalition in Warschau artikuliert wurde. Wie bei der berühmten Ruckrede des ehemaligen Bundespräsidenten *Roman Herzog* gibt es jedoch auch beim polnischen Ruck wichtige Anhaltspunkte, dass die Stilisierung der Wahlen zu einer Zäsur in der Nachwendegeschichte nur in begrenztem Maße angebracht ist.

1 *Adam Krzemiński*, Nach der Polen-Wahl: Der Westen wird größer, in: Die Welt vom 29. Oktober 2007 (<http://debatte.welt.de/kommentare/46236/nach+der+polenwahl+der+westen+wird+groesser>), Abruf am 4. Mai 2008).